

Wann kommt „Befreiung von der Angst?“

Die kommunistischen Parolen von 1945 sind heute verpönt

Als im Mai 1945 erstmals nach zwölf Jahren die „Gruppe Lührich“ wieder deutschen Boden betrat, begannen die Kommunisten, den 8. Mai zum „Tag der Befreiung“ zu erklären. Die Menschen waren damals nur wenig mißtrauisch, aber voller guten Willens. Und sie hörten, was die Kommunisten sagten: „Wir bringen euch die Befreiung von der Angst! Terror und Krieg gehören in die Vergangenheit — nie wieder sollen deutsche Menschen Furcht vor Bomben und Granaten haben, frei sei das Wort, frei sei der Mensch!“ So sprachen sie damals, die Kommunisten, und soweit sie aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlers kamen und selbst an ihre Worte glaubten, haben sie es in den zwölf Jahren, die danach kamen, bitter gebüßt. Wie aber sah die „Befreiung“ der anderen aus?

Wir erleben dieser Tage in der Sowjetzone eine Konjunktur in „Antifaschismus“, die so verkrampft und so unecht wirkt, daß sie selbst bei naiven Gemütern Verdacht erwecken muß. Ist das aber noch jener Antifaschismus von 1945...?

NS-Attribute übernommen

Die SED hat — seit sie an der Macht ist — alle Attribute des NS-Regimes übernommen. Wir haben heute in der Zone den ausgeprägten Militarismus, der seinen Ausdruck nicht etwa nur in Militärparaden und preußischen Präsenzmärschen findet, sondern vielmehr in der Erziehung der gesamten Jugend in falschem Patriotismus und verklemmtem „Heldentum“. Wir haben dort wieder einen „Arbeitsdienst“, der mit dem sogenannten „Dienst für Deutschland“ begann und vorerst in Arbeitseinsätzen an den „Großbaustellen des Sozialismus“ und einem Pflichtjahr für Abiturienten endet. Wir haben erst in diesen Tagen die Umwandlung der kommunistischen FDJ in jene einzige „Staatsjugend“ erlebt, die es auch unter Hitler geben mußte. Wir haben den Leidensweg jener 1945 angestrebten Demokratie miterleben müssen, die von einem kommu-

nistischen „Ministerrat“ und seiner „Volkskammer“ begraben wurde.

Alles ist wiedergekommen. Der Frauenbund, die „Arbeitsfront“ in Form einer Staatsgewerkschaft, die vormilitärischen Organisationen und sogar die ideologisch verkorste Sprache, die es dem Leser einer Einheitspresse unmöglich macht, in die tieferen Gedankengänge jener Menschen einzudringen, von denen er sich regieren lassen muß. Die „Faschisten“ von gestern wurden zu Genossen der eigenen Partei oder zu „Blockpartnern“ einer NDPD. Alte Wehrmachtsgenerale exerzieren eine „Nationale Volksarmee“, und jene, die 1945 als aufrechte Kämpfer gegen Hitler gefeiert wurden, sind heute zum Teil wieder „Faschisten“, nur weil sie anderer Meinung waren als das SED-Zentralkomitee.

System der Plagiate

Hitler versuchte zwölf Jahre hindurch, sein eigenes Volk und die Welt unter dem Mantel einer „nationalen und völkischen Sendung“ zu terrorisieren. Die Kommunisten haben zwölf Jahre lang alle Greuelthaten und alle Unfähigkeit mit der These des angeblich auf der Tagesordnung stehenden

Klassenkampfes und unter Hinweis auf die Segnungen eines längst entarteten „Sozialismus“ entschuldigt. Beide aber haben sich auf ihren politischen Wegstrecken der gleichen Methoden bedient.

Das SED-System ist zu einem System der Plagiate geworden. Die Vergleiche zu jener Staats- und Gesellschaftsform von gestern fallen auch dem Naiven nicht mehr schwer. Und der jetzt auflebende Pseudo-Antifaschismus? Hitler hat — als er seine Macht besaß — die Kommunisten verfolgt und Stalin geschmäht. Stalin ließ zur gleichen Zeit seine alten Kampfgefährten als „Faschisten“ liquidieren. Und beide standen sich geistig und politisch näher als je zwei demokratische Systeme dies vermocht hätten. Der Beweis: Als sich die erste Möglichkeit eines Zusammengehens bot, paktierten Stalin und Hitler und fielen gemeinsam über das am Boden liegende Polen her.

Die SED sagt, in der Bundesrepublik erhebe der Faschismus sein Haupt. Darüber kann man mit einem Kommunisten nicht diskutieren. Fest steht jedoch: Hätte es jemals das Unglück gefügt, daß wir in der Bundesrepublik eine „faschistische“ Regierung, ein vielleicht getarntes totalitäres System bekommen hätten — die Kommunisten hätten mit diesem System längst gemeinsame Sache gegen die gesamte Demokratie gemacht! Niemals waren sich Kommunisten und Nazis von innen heraus Feinde! Und das ist es, was uns die SED nach zwölf Jahren der „Befreiung“ zum Vorwurf macht: Mit „Faschisten“ hätte sie längst eine politisch-geschäftliche Basis gefunden, mit einer Demokratie aber konnte dies nicht möglich sein.

Und die Gegenleistung?

DT. — Die diplomatische Auseinandersetzung zwischen West und Ost um die Atomrüstung spitzt sich mehr und mehr auf die Frage zu, welche Gegenleistungen die Sowjets bringen wollen, wenn der Westen auf die Ausrüstung aller europäischen Truppen mit Atomwaffen verzichtet. Diese Frage wird auch in der Note der Bundesregierung andeutungsweise enthalten sein, mit der in Kürze die sowjetische „Atom-Note“ vom 27. April beantwortet werden soll. Maßgebende Kreise der Bundesregierung vermissen in dem jüngsten Schreiben des Sowjetbotschafters Smirnow ein Bundeskanzler Adenauer jedes Eingehen auf diese entscheidende Frage.

In der sowjetischen „Atomnoten-Offensive“ sieht man ein Zeichen dafür, daß den Sowjets eine Ausstattung aller Truppen des Atlantikpaktes mit Atomwaffen doch sehr unangenehm wäre. Man hofft, hier einen Hebel gefunden zu haben, mit dem sich die starre sowjetische Haltung in der Abrüstungsfrage vielleicht ändern läßt. Gerade aus diesem Grunde werden aber vorzeitige Zugeständnisse auf westlicher Seite strikt abgelehnt. Schon aus Gründen der Sicherheit muß als natürliche Gegenleistung der Sowjets ihre Zustimmung zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung erwartet werden.

Den diplomatischen Zwischenfall, der seinen Höhepunkt in dem Brief Adenauers an Smirnow gefunden hatte, betrachtet man in Bonn nach der Antwort des Sowjetbotschafters als erledigt. Ein Regierungssprecher deutete an, Adenauer werde sich wohl nicht weigern, in Zukunft noch zu Unterredungen mit Smirnow zusammenzukommen. Der Form nach wird der Zwischenfall voraussichtlich durch einige Bemerkungen in der bevorstehenden deutschen Note an Moskau abgeschlossen werden. Es besteht kein Zweifel, daß die Bundesregierung die sowjetische Forderung,

nicht nur auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu verzichten, sondern auch die Lagerung von Atomwaffen im Bundesgebiet zu verbieten, zurückweisen wird. Im übrigen wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die sowjetische Behauptung, die Bundesrepublik sei ein „Hauptlagerplatz“ für amerikanische Atomwaffen geworden, nicht zutrifft. Es ist in Bonn bekannt, daß die amerikanischen Atomwaffen fast durchweg nicht auf deutschem Boden, sondern weiter westlich und südlich lagern.

Ein Prozent entschied

DT. Das Ergebnis der österreichischen Bundespräsidentenwahlen ist weder von den Siegern noch von den Besiegten erwartet worden. Wieder einmal zeigte sich die seit 1945 fast unveränderte gleiche Stärke der beiden Grundkräfte der österreichischen Koalition: auf der einen Seite das bürgerlich-individualistisch-christliche Lager mit der ÖVP im Mittelpunkt, auf der anderen Seite die Sozialisten.

Gewiß ging es diesmal nicht um eine parteipolitische Entscheidung, sondern um einen Wahlkampf der Grundsätze, bei dem die ÖVP sich für einen Repräsentanten der Überparteilichkeit, den Chirurgen und Krebsforscher Prof. Dr. Denk, einsetzte. Die Führungsgruppe der Freiheitlichen (Nationalliberalen) Partei schloß sich dieser Kandidatur an. Es zeigte sich jedoch, daß ein großer Teil der Liberalen lieber den sozialistischen Kandidaten, den bisherigen Vizekanzler Dr. Schärf, unterstützte, obgleich sich auch die österreichischen Kommunisten für ihn einsetzten. Die antikerikale Parole der Vergangenheit, „lieber Rot als Schwarz“ ist eben für viele noch gültig und trug so das ihre bei, dem sozialistischen Kandidaten jene knappe Mehrheit von 1,1 Prozent zu sichern.

Der Wahlentscheidung, die von allen Beteiligten mit vorbildlicher demokratischer Disziplin aufgenommen wurde, war aber ein Wahlkampf vorausgegangen, der vor allem in seiner

Schlußphase persönliche Gehässigkeiten zeitigte. Es wird einige Mühe psychologischer und politischer Art kosten, nun schnell wieder zu jener Atmosphäre parlamentarischer Zusammenarbeit zurückzufinden, die Kanzler Raab, dessen starke Nationalratsmehrheit ja durch die Präsidentenwahl völlig unberührt bleibt, als das vorzüglichste Erfordernis der Stunde bezeichnete.

Die Sozialisten hatten sich in ihrer Propaganda nicht scheut, die Atompsychose auszunutzen. Während Schärf seine Mitarbeit an einer Verbotsbewegung gegen die Atomversuche in Aussicht stellte, schob man Denk in völliger Verzerrung eines Interviewsatzes, in dem er sich für die Aufhebung gewisser Souveränitätsbeschränkungen Österreichs einsetzte, die Absicht unter, für eine Atombewaffnung des kleinen, neutralen Landes einzutreten, an die in Österreich so gut wie niemand denkt noch jemals denken wird. Die Propaganda hatte in ihrer verschiedenen Dosierung ihre Wirkung. Um so mehr hofft man jetzt, daß der neue Bundespräsident korrekt und in Respektierung der tatsächlichen politischen Entscheidungen, die bei den Parlamentswahlen fallen, verwalten wird.

Italienische Krise

DT. Mit dem Rücktritt der Regierung Segni, die sich erst auf eine Vierer-, dann nur noch auf eine Dreier-Koalition stützen konnte, bis schließlich nur noch Christliche Demokraten und Liberale im Ministerrat saßen, beginnt eine der schwersten italienischen Regierungskrisen. Segni, einer der lautesten Politiker, welche die italienische Republik außer de Gasperi gehabt hat, mußte nach dem Ausscheiden der Sozialisten Saragats die Folgerung ziehen: die „Mittelfront“, jene alte Regierungsformel de Gasperis gegen die Extremisten von rechts und links, ist zusammengebrochen. Diese Krise ist deswegen so schwierig und im Grunde allen Parteien unangenehm, weil sie außerhalb des Parlaments entstand und außerhalb des Parlaments ver-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

„Willkommen, Papa Heuss!“

Herzlicher Empfang in der Türkei

Ankara (AP/DPA). Mit einer Ehrung für den „Vater der modernen Türkei“, den 1938 verstorbenen Kemal Atatürk, begann der offizielle Teil des Staatsbesuches von Bundespräsident Heuss in der Türkei. Im glühenden Sonnenschein fuhr Heuss vor der gewaltigen Anlage des Atatürk-Mausoleums vor, wo er vom türkischen Außenminister begrüßt wurde.

Der Besuch von Professor Heuss in der Türkei ist durch eine außergewöhnliche Herzlichkeit der Bevölkerung gekennzeichnet. An der 36 Kilometer langen Straße vom Flugplatz Esenbogo nach Ankara standen Zehntausende von Menschen, die dem deutschen Staatsoberhaupt zujubelten und den Wagen des deutschen Gastes mit Blumen überschütteten. Die Fahrt glich einem Triumphzug.

Die türkische Presse stand am Montag ganz im Zeichen des Staatsbesuches. Alle Zeitungen hoben die lebhaften Sympathieumgebungen der Bevölkerung hervor und schildern

Londons Atom-Vorschlag

Einstellung der Versuche im Rahmen der Abrüstung

London (AP/DPA). Großbritannien hat dem UN-Abrüstungsunterausschuß Pläne für die „Registrierung, Begrenzung und Einstellung der Atomversuche“ vorgelegt. Außerdem schlug die britische Delegation vor, die Atommächte sollten sich verpflichten, alle Atomversuche im voraus bei den UN anzumelden. Die Einstellung der Versuche dürfe jedoch keine „isolierte Maßnahme“ sein, sondern nur ein Teil eines allgemeinen Abrüstungsabkommens.

Der britische Vorschlag, der den Vertretern der USA, Frankreichs, der Sowjetunion und Kanadas von dem britischen Delegierten Noble vorgelegt wurde, enthält im einzelnen folgende Punkte:

1. Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien arbeiten unverzüglich ein Abkommen über die Anmeldung von Atomversuchen bei den UN aus. Großbritannien ist damit einverstanden, daß ein solches Abkommen Bestimmungen über eine beschränkte internationale Beobachtung der Versuche enthält.

2. Ein Sachverständigenausschuß prüft die Möglichkeiten zur Beschränkung von Atomversuchen und legt die Erfordernisse für eine wirksame Überwachung eines Abkommens zur Versuchsbeschränkung fest.

3. Die Versuche werden eingestellt, sobald die Produktion spaltbaren Materials für Atomwaffen als Teil eines allgemeinen Abrüstungsabkommens verboten wurde.

Der britische Delegierte betonte in seiner Rede, daß Großbritannien sich bemühe, die Atomversuche so abzuhalten, daß die freierwirdende Strahlung keine Gefahr darstelle. Die britische Regierung könne jedoch einer unabhängigen Einstellung der Atomversuche nicht zustimmen, sondern nur als Teil eines allgemeinen Abrüstungsabkommens. Noble bezeichnete die sowjetischen Vorschläge zur Einstellung der Atomversuche und zum Verzicht auf die Atomwaffen als unannehmbar, räumte jedoch ein, daß diese Pläne eine „ernsthafte Verhandlungsposition“ darstellten.

Amerikanische Kreise wollten sich am Montagabend noch nicht zu den neuen britischen Vorschlägen äußern. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, daß der von Noble vorgelegte Plan die Position Großbritanniens „klarer“ mache.

ten den festlichen Empfang. Das Organ der Demokratischen Partei sprach von „noch nie gewesenen Empfangsfeierlichkeiten“, während das Blatt der oppositionellen Republikanischen Partei feststellte, daß die herzlichen Ovationen über das Protokollarische weit hinausgegangen seien. Wie volkstümlich Heuss selbst in Ankara ist, zeigt sich an einem Schrifband in einer der festlich geschmückten Straßen Ankaras mit der Inschrift: „Willkommen in Ankara, Papa Heuss!“

542 Millionen für Kriegsoffer

Beratungen des Ausschusses abgeschlossen

Bonn (AP). Der Bundestagsausschuß für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen hat am Freitag die Beratungen über die sechste Novelle zum Bundesversorgungsgesetz abgeschlossen. Die Novelle, die in erster Linie eine Erhöhung der Grundrenten vorsieht, wird jetzt voraussichtlich Ende Mai vom Plenum verabschiedet werden.

Neben einer Erhöhung der Grundrenten führt die Novelle für alle Kriegserwitwen eine einheitliche Grundrente von 70 DM monatlich ein. Das Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind soll auf 30 DM, der Höchstbetrag der Pflegezulage für Beschädigte von 225 auf 275 DM erhöht werden.

Bundestag regelt Gleichberechtigung

Heftige Debatte über die Letztentscheidung

Bonn (DPA). Der Bundestag verabschiedete einstimmig in einer fast den ganzen Tag andauernden Debatte das Gesetz über die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Diese Gleichberechtigung bestand zwar seit dem 1. April 1953 nach dem Grundgesetz, hatte aber noch keine Verankerung im Bürgerlichen Gesetzbuch gefunden.

In der Debatte kam es im Plenum zu heftigen Auseinandersetzungen um die Letztentscheidung des Mannes bei ehelichen Meinungsverschiedenheiten und um den Stichentscheid des Vaters bei Meinungsverschiedenheiten um die Kindererziehung. Der dritte große Komplex des Gesetzentwurfes war die Neuregelung des Güterrechts. Die letzte Entscheidung des Mannes bei ehelichen Meinungsverschiedenheiten wurde mit knapper Mehrheit verworfen, der Stichentscheid des Vaters in Fragen der Kindererziehung dagegen mit knapper Mehrheit gebilligt. Auf güterrechtlichem Gebiet ist jetzt die Zugewinngemeinschaft der Ehegatten vorgesehen, das bedeutet, daß jeder Ehegatte sein Vermögen grundsätzlich selbst verwaltet. Bevor das Gesetz, das bereits den ersten Bundestag beschäftigt hatte, verkündet werden kann, muß es noch den Bundesrat passieren.

Außerdem billigte das Plenum mit den Stimmen der CDU/CSU, der DP/FVP und des BHE gegen SPD und FDP das Strafrechtsänderungsgesetz, das Vorschriften des allgemeinen Strafrechts zum Schutze der Landesverteidigung und der Bundeswehr schafft. Dieses Gesetz soll auch den auf dem Boden der

Bundesrepublik stehenden Truppen der Vertragsstaaten des Nordatlantikkpaks einen entsprechenden Schutz gewähren. Der umstrittene „Maulkorbparagraph“ wurde in gemilderter Form angenommen. Er lautet jetzt:

„Wer unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art, deren Verbreitung geeignet ist, die Tätigkeit der Bundeswehr zu stören, wider besseres Wissen zum Zwecke der Verbreitung aufstellt oder solche Behauptungen in Kenntnis ihrer Unwahrheit verbreitet, um die Bundeswehr in der Erfüllung ihrer Aufgabe der Landesverteidigung zu behindern, wird mit Gefängnis bestraft.“

Gegen diese Fassung des Paragraphen wurde von seiten der Opposition eingewandt, sie sei geeignet, die Pressefreiheit und das Recht auf Kritik einzuzengen. Als Sprecher der Bundesregierung stellte Staatsse-

cretär Strauß vom Justizministerium dazu fest, es sei keinesfalls an eine Einschränkung der öffentlichen Kritik an der Bundeswehr gedacht. Werturteile und Meinungsäußerungen würden von den Strafvorschriften nicht betroffen, sondern nur bewußte Lügen. Der CDU-Abgeordnete Haassler sagte, der Paragraph zielen auf Dunkelmänner, die im Auftrage des Auslandes Flugblätter und Druckschriften anfertigen, um den Aufbau der Bundeswehr zu behindern und unmöglich zu machen. Keinesfalls solle er verfassungstreue Zeitungen und Zeitschriften angewandt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verabschiedete das Plenum das Gesetz über Erfindungen von Arbeitnehmern und Beamten. Ausgehend von der Tatsache, daß die meisten Erfindungen von Arbeitnehmern gemacht werden, sorgt das Gesetz für eine angemessene Entschädigung durch den Arbeitgeber.

Mit starkem Beifall wurde der Vizepräsident des Bundesrates, Carlo Schmid, begrüßt, als er zum ersten Male seit seiner Genesung von einem leichten Schlaganfall wieder das Präsidium in einer Sitzung übernahm.

Polen erhält 95 Millionen Dollar

Polnisch-amerikanische Verhandlungen vor dem Abschluß

Washington (DPA). Die polnisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen werden voraussichtlich in etwa zwei Wochen mit der Vereinbarung

abgeschlossen werden, daß Polen wirtschaftliche Hilfe in Höhe von 95 Mill. Dollar erhält. Die polnische Delegation hatte zunächst eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 300 Mill. Dollar gefordert.

Nach den jetzigen Plänen soll Polen landwirtschaftliche Überschugüter — überwiegend Weizen und Baumwolle — im Wert von 80 Mill. Dollar und Bergbaumaschinen für 15 Mill. Dollar erhalten.

150 NATO-Flugplätze

Bonn (AP). Die Streitkräfte der NATO verfügen zur Zeit über 150 Flugplätze, die von allen Flugzeugtypen benutzt werden können. Damit hat sich die Zahl ihrer Flugplätze in den letzten fünf Jahren fast verdacht.

1961 Atomstrom für Europa

Rettung aus der Energieklemme

Bonn/Washington (AP/DPA). 1961 sollen die ersten europäisch-amerikanischen Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden, um Europa aus der Energieklemme zu retten, in die es von Jahr zu Jahr immer tiefer hineingerät. Einen entsprechenden Plan haben die von den Außenministern der sechs Länder der Montanunion eingesetzten „Drei Weisen“, der Franzose Armand, der Deutsche Etzel und der Italiener Giordani, der Öffentlichkeit vorgelegt. Die USA haben noch am gleichen Tage die-

sem Projekt ihre volle Unterstützung zugesagt und die Lieferung von Kernbrennstoffen und kompletten Atomkraftwerken in Aussicht gestellt.

Der Plan der „Drei Weisen“ sieht folgende Etappen vor: 1958 werden die ersten Großaufträge für den Bau von Atomkraftwerken erteilt, 1961 oder 1962 sind die ersten Kraftwerke fertiggestellt und können ihren Betrieb aufnehmen, bis 1967 werden die Atomkraftwerke eine Kapazität von 15 Millionen Kilowatt erreichen,

So sind sie wirklich:

Wollte eigentlich Dichter werden ...

In der Sowjetzone wird eine sogenannte „Bauernfibel“ vertrieben, darin steht, wie es heißt, „alles Wissenswerte über die Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“. Bilder sind darin von Wilhelm Pieck bis Bertolt Brecht, nur eines fehlt: das des Landwirtschaftsministers. Und merkwürdigerweise wird dieser überhaupt nicht erwähnt, obwohl nach sonstiger Gepflogenheit sein Foto spätestens auf der 5. Seite prangen müßte ...

Es gibt einen simplen Grund dafür: Man schämt sich ein wenig dieses Ministers. Er ist nämlich weder eine imposante Persönlichkeit noch großen Geistes Kind. Nur seine Karriere ist typisch für die mitteldreie SED-Wirtschaft.

Die Sünden der „Antifa“

Hans Reichelt war ein kleiner, bescheidener Bauernjunge aus einem oberschlesischen Dorf, als er — Jahrgang 1925 — Anfang 1943 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Ein Jahr später geriet er auf dem Rückzug in sowjetische Gefangenschaft und wurde, da er polnisch sprach, zum Lagerdolmetscher umgeschult. In die „Antifa“ trieb es ihn weniger aus Überzeugung als vielmehr um seiner Stellung willen. Bald eignete er sich die russische Sprache an und hatte so Gelegenheit, an gehobeneren Antifa-Kursen teilzunehmen.

Es ist die Sünde dieser „Antifa“-Bewegung, daß sie im Grunde genommen ganz normale junge Menschen zu unglückseligen Funktionären erziehen wollte. Auch Reichelt wurde noch nach Kriegsschluß vier lange Jahre durch Schulen und Spezialkurse geschleift, die selten etwas mit der Landwirtschaft zu tun hatten, bis man ihn 1949 nach Ostberlin entließ. Im Dezember trat er auftragsgemäß der sowjetzonalen „Bauernpartei“ bei und wurde in deren Parteivorstand sofort Leiter der Abteilung Organisation und Schulung. Acht Monate später war der nunmehr 26jährige Mitglied des Partei-

HANS REICHELT

vorstandes, und im Herbst 1953 saß er bereits als tonangebendes Mitglied in dessen Sekretariat.

Interviews verboten

Kurz zuvor aber geschah jene Panne, die den relativ harmlosen Knaben zum Minister avancieren ließ. Ulbricht, der damals aus bestimmten persönlichen Gründen seinen Landwirtschaftsminister Goldenbaum ablösen wollte, setzte kurz entschlossen den gerade 28 Jahre alt gewordenen Reichelt als Minister ein und übertrug diesem die erste Phase der großangelegten Kollektivierung.

Es wurde ein vollkommenes Flasko. Reichelt versagte auf der ganzen Linie und blamierte darüber hinaus seine Auftraggeber. Er gab ein vielbelachtes Interview, in dem er erklärte, daß er eigentlich habe Dichter werden wollen, aber heute mehr zur Tätigkeit eines Staatsministers tendiere. Die Parteibiographen umschrieben den Werdegang dieses Bauernjungen dann mit der vorsichtigen Formulierung: „Seine Ausbildungspläne wurden durch die Einberufung zur Wehrmacht durchkreuzt ...“ Danach wurden sämtliche Interviews mit Hans Reichelt kurzerhand verboten.

Die Ministerfreuden dauerten sechs Monate und zehn Tage, dann wurde Reichelt als Staatssekretär zurückgestuft. Er schien heilfroh darüber zu sein und flüchtete Anfang März 1954 aufatmend zu einem Halbjahreslehrgang der Schweriner Landwirtschaftsschule des SED-Zentralkomitees.

Zum zweitenmal Minister

Danach schickten sie ihn als Staatssekretär ohne ersichtlichen Aufgabenbereich zurück ins Ministerium, das völlig unerwartet im März 1955 an ihn zurückgegeben wurde. Wieder war Reichelt Minister, auch wenn er in „seinem“ Hause weniger zu sagen hatte als der SED-Betriebsgruppensekretär.

Niemand weiß, was Ulbricht veranlaßte, diesen Jungen zu halten. Eingeweihte munkelten, Reichelt besitze hohe Protektion aus der Antifa-Zeit, sowjetische Parteiführer würden ihn stützen. Wer Reichelt kennt, muß dies für unwahrscheinlich halten. Dieser Mann ist weder ehrgeizig noch der Typ eines auf die Zukunft bedachten Funktionärs. Für ihn ist seine heutige Tätigkeit eine Fortsetzung der Antifa-Zeit, nur daß diese zuweilen ruhiger war.

Auf öffentlichen Empfängen läßt man vorsichtshalber den Regierungskommissar für Landwirtschaft, Paul Scholz, auftreten. Scholz gibt auch für die SED eine bessere Figur ab als der täppisch-unbeholfene und zuweilen kindlich-dumme Reichelt.

Architekt nach Feierabend

Das SED-Zentralkomitee müßte eine Sonderbrigade bilden, um alle die Dummheiten auszubügeln, die ihr „Landwirtschaftsminister“ macht. Einmal belustigte Reichelt die Fachwelt mit Grundrißentwürfen eines neuen Bauernhof-typs, bei dem der Kuhstall durch Schiebetüren vom Schlafzimmer zu trennen war. Den Architekten des Ulbrichtschen landwirtschaftlichen Bauprogramms, denen er diesen Entwurf verschämt zukommen ließ, erklärte er treuherzig: „Sehen Sie, nach Feierabend bin ich Ihr Kollege ...!“

Solch ein Hans Reichelt als „Minister“ hat für die SED bestechende Vorteile. Man stelle sich vor, die Kommunisten hätten einen Fachmann wie Vieweg an die Spitze ihrer Landwirtschaftspolitik gesetzt! Welches Forum hätte der jetzt nach dem Westen gegangene Vieweg als Minister gehabt! Nur die Reichelts sind dankbare Statisten bei dem kommunistischen Kollektivierungs-Experiment, das heute die mitteldeutsche Landwirtschaft zugrunde richtet. Der kleine Bauernjunge aus Oberschlesien dürfte keine Skrupel dabei haben.

Der FDGB und die Literaten

Marchwitas „Roheisen“ auf den Index gesetzt

Der Bücherdienst des kommunistischen FDGB hat dieser Tage seine Funktionäre angewiesen, Marchwitas „Roheisen“ nicht mehr zur Bestellung aufzunehmen. Das gleiche Schicksal wurde dem Roman des Nachwuchsdichters Harry Thürk, „Die Herren des Salzes“, beschieden. Diesem Affront gegen immerhin saturierte SED-Literaten ging ein erbitterter Streit im FDGB-Organ „Tribüne“ voraus, in dem die Staatsgewerkschaften durch geleakte Leserbriefe gegen Marchwitza und Thürk Stimmung zu machen suchten.

Das Kuriose ist, daß beide Bücher bisher nicht nur eine hohe Druckauflage, sondern sogar eine ganz beachtliche Verkaufsziffer erreichten. Warum aber will man sie nun auf den Index setzen?

Ist das lebensecht?

Der FDGB behauptet, Marchwitza und Thürk hätten in ihren Romanen die Rolle des kommunistischen Gewerkschaftsfunktionärs boshaft verdreht und diesen Typ zu negativ gezeichnet. Der Leser habe den Eindruck, die FDGB-Funktionäre seien unnütze Parasiten, die auf Kosten der Arbeiter ein Schlemmerleben führen.

Das ist zweifellos übertrieben, denn ein „Schlemmerleben“ kann auch der kleine BGL-Funktionär im kommunistischen Staat nicht führen. Aber seine gesellschaftliche Rolle ist nun einmal parasitär, denn er vertritt niemals gewerkschaftliche Interessen, sondern im Gegenteil die Interessen des hier als Arbeitgeber fungierenden Staates. Marchwitza, der als ehemaliger Bergarbeiter von heute immerhin 67 Jahren die Gewerkschaftsarbeit zu beurteilen vermag, hat sich — um den Roman „Roheisen“ zu schreiben — lange Zeit im „Eisenhüttenkombinat Ost“ aufgehalten. Den Typ des FDGB-Funktionärs, den er dort antraf, hat er in seinem Roman wie folgt beschrieben: „Der Abteilungsgewerkschaftsmann war ein fauler, behäbiger Mensch, er unternahm nichts, um die Leute zu ermuntern, sondern saß lieber im ‚Heidekrug‘ und schwatzte, während die Maurerarbeit sich nur schwerfällig vorwärtsbewegte...“ Und: „Der bäuchige AGL-Mann, der schon wieder einen getrunken hatte, antwortete brummig: ‚Halt dein Maul, freu' dich, daß du

hier kein Trabrennen mitzumachen brauchst!...“

Ist das lebensecht? Marchwitza, den nach zwei „Nationalpreisen“ und einem beachtlichen Tantiemenvermögen — wie man so sagt — „kein Hund mehr kratzen kann“, hat es derart beschrieben. Nun hat sich irgendein Funktionär, zwei Jahre nach Erscheinen des Buches, darüber sehr entrüstet, und der FDGB hat mit seiner lächerlichen Haltung für Marchwitza die bestmögliche Reklame gemacht. Was aber ist mit Harry Thürk?

SED braucht „Nickemänner“

Thürk ist erst 30 Jahre alt, aber auch er hat seine Typen in freier Wildbahn studiert. Für seinen Roman „Die Herren des Salzes“, der erst unter dem Titel „Die eine Welt und die andere“ erschien, ging er in die Salzgruben des sowjetzonalen Harzes. Auch er mußte den BGL-Funktionär als satten Spießbürger erkennen, der immer mehr die menschliche und fachliche Bindung zu den schwer arbeitenden Kollegen verliert, bis er eines Tages, völlig isoliert, eine Art Funktionärs-„Ruhegehalt“ verzehrt. Dennoch ging Thürk weiter als Marchwitza. Er zeigte, daß die SED-Parteiorganisation einen solchen „Gewerkschafts“-Funktionär wohl zu schätzen weiß, weil er keine Schwierigkeiten macht und leicht zu lenken ist. Die Arbeiter bezeichnen diesen BGL-Vertreter letztlich nur noch als „Nickemann“, der zu allem „ja“ und „amen“ sagt und seine Referate aus dem SED-Zentralorgan abliest. Die SED braucht „Nickemänner“, das ist die unausgesprochene Tendenz dieses Buches. Kann aber der FDGB eine solche Wahrheit dulden?

Der FDGB-Verlag „Tribüne“ hat im vergangenen Herbst an

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

insgesamt 14 prominente SED-Schriftsteller die Aufforderung gerichtet, Novellen oder einen Roman über die Rolle des Gewerkschaftsfunktionärs in der Phase des „Aufbaus des Sozialismus“ zu schreiben. Alle vierzehn haben abgelehnt, zum Teil, wie der Majakowski-Plagiator Kuba, nach anfänglicher Zusage. Kuba hatte auf Kosten des FDGB-Bundesvorstandes eine längere Studienreise durch Industriebetriebe und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften unternommen. Der FDGB-Funktionär, den er antraf, ermutigte nicht zur Umwandlung in den Helden eines Romans. Walther Victor, Wortführer des Schriftstellerverbandes, schrieb lieber einen „Song von der Entschlossenheit“ zur kommenden Gemeinde-, Wahl“, als sich mit der Rolle des BGL-Mannes zu befassen. Seine vom FDGB angegriffenen Kollegen verteidigte er vorsichtig mit dem Hinweis, jeder könne eben nur das schreiben, was er gesehen habe...

Dieses Prinzip wäre neu für einen SED-Schriftsteller. Trotzdem ist die Kontroverse mit dem FDGB zumindest amüsant.



„Der Mai ist gekommen, die Bäume
schlagen aus ...!“

Wie die Sowjets die Bundesarmee
ausgerüstet sehen möchten

Italienische Krise

Fortsetzung von Seite 2

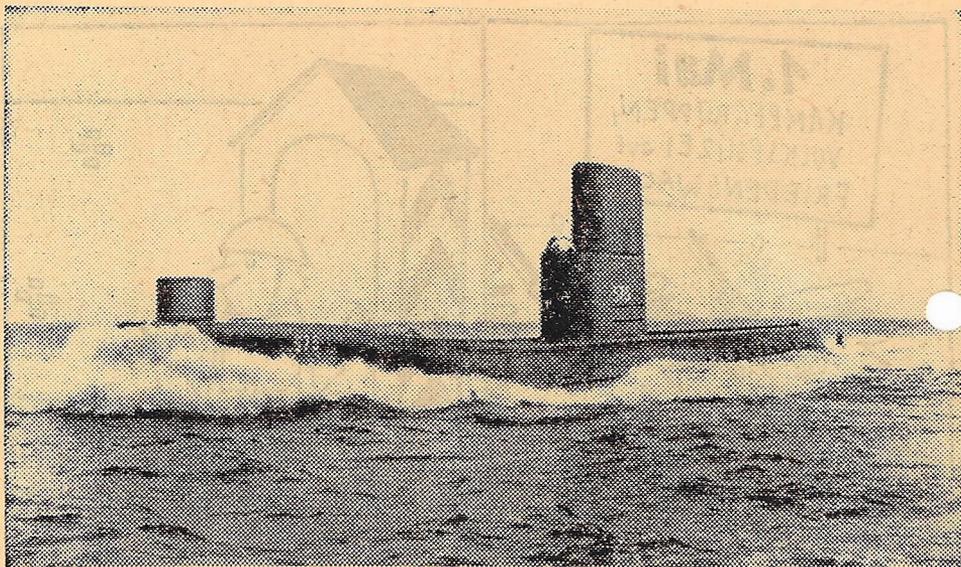
ursacht wurde. Segni wurde aber auch ein spätes Opfer des Wahlergebnisses von 1953, das der „Mitte“ einen so knappen Erfolg brachte, daß sie dauernd am Rande der Krise stand, obwohl die Leistungen des Kabinetts nicht zu übersehen sind.

Es ist unmöglich, jetzt schon zu sagen, wie diese Krise gelöst werden könnte. Läßt sich die alte Vierer-Koalition wieder erneuern? Das erscheint gegenwärtig fragwürdig. In jedem Falle wäre es eine Notlösung bis zu allgemeinen Wahlen im nächsten Jahre. Denn die Gegensätze können — in einer derartigen Gruppierung — auch mit anderen Persönlichkeiten nicht überwunden werden. Sie

betreffen soziale Reformen und Grundprobleme der Außenpolitik. Italien scheidet sich in zwei Lager. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung verlangt soziale Reformen, etwa die Hälfte eine Revision der Außenpolitik, vor allem im Sinne einer „Neutralisierung“ Mitteleuropas, und energische Abrüstungsversuche. Es ist für die heutige Situation Italiens besonders kennzeichnend, daß diese Gegensätze auch quer durch die größte Mittelpartei hindurchgehen, durch die Christlich-Demokratische Partei. Schließlich aber hat ein weiteres Element den Sturz Segnis herbeigeführt: das Einigungsstreben der Sozialisten um Saragat und Nenni.

Insofern hat der „Avanti“ heute durchaus recht, wenn er schreibt, Italien stehe mit die-

ser Krise am Kreuzweg: Erneuerung der Politik der Mittelfront also oder „Erweiterung nach links“, d. h. Entstehen einer Regierung von Christlichen Demokraten (Vertretern des linken Flügels), Sozialdemokraten, linker Liberaler und Republikaner mit Unterstützung der Nenni-Sozialisten unter Ausschluß der Rechtsliberalen, die am meisten für die „Blockierung“ sozialer Reformen in Italien verantwortlich sind. Eine „Alternative“ nach rechts erscheint ausgeschlossen. Sie würde zu einer Spaltung der Christlichen Demokraten führen. Was also zeichnet sich ab? Eine Vorverlegung der Neuwahlen befürchten die meisten Parteien. Am wahrscheinlichsten ist deshalb ein Kompromiß bis 1958.



BILDER DER WOCHE: Oben: Nach einer kurzen Überprüfung in den Docks seiner Heimatwerft ist das amerikanische Atom-U-Boot „Seewolf“ zu neuen Versuchsfahrten ausgelaufen. — Unten: Das neue Übertragungsgerät für die Übersetzung der NATO-Konferenz in Bonn schlen den Bundeskanzler besonders interessiert zu haben.

